



AfD Fraktion Rheingau Taunus

Postfach 14 39, 65 222 Taunusstein

Fraktionsvorsitz: Klaus Gagel

Fraktionsgeschäftsführung: Karl Mayer

Bankverbindung: vr-bank Untertaunus

IBAN: DE30 5109 0000 0069 1725 04

Taunusstein, den 16.05.2023

Antrag der AfD-Fraktion zur KT-Sitzung 16.05.2023

Änderungsantrag zu TOP III.17 (Asyl- und Flüchtlingspolitik)

~~Der Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises fordert, dass die Bundesregierung schnellstmöglich die derzeitigen Probleme im Hinblick auf die Flüchtlingszuweisung und Flüchtlingsunterbringung in den Kommunen erkennt und konkrete Hilfsangebote den Kommunen anbietet.~~

Der Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises fordert die hessische Landesregierung auf, sich bei der Bundesregierung weiter mit Nachdruck dafür einzusetzen, den derzeitigen Problemen im Hinblick auf die Flüchtlingszuweisung und Flüchtlingsunterbringung in den Kommunen schnellstmöglich zu begegnen und den Kommunen konkrete Hilfen anzubieten.

1) [ex 1.1] In diesem Zusammenhang spricht sich der Kreistag grundsätzlich für eine Begrenzung der Flüchtlingszahlen aus. Konkret sollen die Flüchtlingszuweisungen an den Rheingau-Taunus-Kreis die Strukturen im Kreis nicht überfordern

1.1) Die irreguläre Migration nach Deutschland muss spürbar reduziert werden, um die Kommunen zu entlasten und die Akzeptanz für die humanitäre Verantwortung Deutschlands für tatsächlich Schutzbedürftige zu erhalten.

1.2) [neu] Das wichtigste Mittel, um irreguläre Migration einzudämmen, sind sichere Grenzen. Die Bundesregierung muss bei ihren europäischen Partnern darauf dringen und ihren Beitrag dafür leisten, dass die europäischen Außengrenzen wirksam geschützt werden. Daneben darf es der Bundespolizei nicht versagt sein, die gesamte deutsche Landesgrenze zu kontrollieren und einem unerlaubten Grenzübertritt durch Zurückschiebung (§ 57 Aufenthaltsgesetz) entgegenzuwirken.

1.3) Weiterhin muss die Bundesregierung alle Maßnahmen stoppen, die zu weiteren vermeidbaren Belastungen der Kommunen führen. Dazu zählen auch freiwillige Programme zur Aufnahme von zusätzlichen Migranten, wie z. B. das Sonderaufnahmeprogramm Afghanistan.

~~1.4) Die Bundesregierung muss ihre vielfach versprochene Rückführungsoffensive für abgelehnte Asylbewerber endlich umsetzen, vor allem bei Straftätern und Gefährdern. Das System der Dublin-~~

AfD Fraktion im Kreistag des Rheingau Taunus

Postfach 14 39, 65 222 Taunusstein

eMail: fraktion@afdrtk.de

Facebook: www.facebook.com/afdrheingautaunus

Internet: www.afdrtk.de

Seite 1/3



Überstellungen innerhalb Europas muss dringend wieder funktionstüchtig werden.

Die Bundesregierung muß ihre vielfach versprochene Rückführungsoffensive für abgelehnte Asylbewerber und andere nicht bleibeberechtigte Ausländer endlich umsetzen. Artikel 16 a Abs. 2 des Grundgesetzes darf nicht mißachtet werden: Auf das Asylrecht kann sich nicht berufen, wer aus einem sicheren Drittstaat einreist. Deshalb muß das System der "Dublin-Überstellungen" dringend funktionstüchtig gemacht werden. Außerdem soll die Bundesregierung mit allen hierfür in Betracht kommenden Herkunftsländern schnellstmöglich Rücknahmeabkommen schließen.

2 [ex 1.2; alle Abschnitte hierin ungeändert] Des Weiteren fordert der Kreistag die Bundesregierung auf, den Kommunen wirksame Entlastungsmöglichkeiten an die Hand zu geben sowie bei den entstehenden Kosten zur Seite zu stehen.

2.1) Die Kommunen müssen bei der Unterbringung von Migranten wirksam entlastet werden. Neben der Bereitstellung geeigneter Bundes-Immobilien oder geeigneter Container-Unterkünfte muss die Bundesregierung insbesondere dafür sorgen, dass Asylbewerber nur bei guter Bleibeperspektive und gekläarter Identität sowie nur dann auf die Kommunen in der Fläche verteilt werden, wenn von der Person keine Gefahr für die öffentliche Sicherheit vor Ort ausgeht.

2.2) Die Bundesregierung muss die finanzielle Unterstützung der Kommunen bei der Versorgung und Aufnahme von Migranten nachvollziehbar und dauerhaft regeln, um den Kommunen Planungssicherheit in der Migrationspolitik zu geben. Insbesondere muss der Bund, solange er die irreguläre Migration weiterhin nicht effektiv begrenzt und steuert, die vollständigen Kosten der Unterkunft übernehmen. Daneben muss der Bund auch die Kosten der Integrationsleistungen, etwa in Schulen und Kitas sowie von Jugendsozialarbeitern und Sozialpädagogen, die für die Betreuung und die Integration nötig sind, erstatten.

2.3) Die Asylverfahren innerhalb der Bundesrepublik Deutschland müssen beschleunigt in Landeserstaufnahmeeinrichtungen erfolgen; hierzu ist das Konzept der AnKER-Zentren weiterhin maßgeblich. Aus den AnKER-Zentren müssen abgelehnte Asylbewerber unmittelbar in ihre Heimat zurückgebracht werden.

2.4) Für die bessere Versorgung und Aufnahme der ukrainischen Kriegsflüchtlinge müssen die Kommunen mehr Möglichkeiten bekommen, ukrainisches Personal schnell und unbürokratisch in Schulen und Kindergärten einzustellen.

Begründung:

AfD Fraktion im Kreistag des Rheingau Taunus

Postfach 14 39, 65 222 Taunusstein

eMail: fraktion@afdrtk.de

Facebook: www.facebook.com/afdrheingautanus

Internet: www.afdrtk.de

Seite 2/3



[erfolgt mündlich]

Gez. Klaus Gagel, Fraktionsvorsitzender

AfD Fraktion im Kreistag des Rheingau Taunus

Postfach 14 39, 65 222 Taunusstein

eMail: fraktion@afdrtk.de

Facebook: www.facebook.com/afdrheingautanus

Internet: www.afdrtk.de